

# Per Saldo . . .

Im Grundgesetz steht:

**Art. 20 Abs. 1:**

**Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**

**Art. 20 Abs. 4::**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

**Art. 14 Abs. 2:**

**Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.**

---

## ... was unter dem Strich herauskommt

vom rechtlichen Umgang mit wirtschaftlichem Ertrag – Summen und Salden für Deutschland

**von Dr. Dieter Petschow**

30855 Langenhagen, Am Kielenkamp 35. [dr.pet.prax@t-online.de](mailto:dr.pet.prax@t-online.de) Mitglied bei Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e. V.

« Lorsque le gouvernement viole les droits du peuple, l'insurrection est pour le peuple et pour chaque parti du peuple, le plus sacré des droits et le plus indispensable des devoirs. » Les Constitutions de la France depuis 1789

„Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, dann ist das Recht zum Aufstand das heiligste aller Rechte und die unerlässlichste aller Pflichten des Volkes und eines jeden Teils des Volkes.“  
Art. 33 – 35 der Verfassung der ersten Republik Frankreichs von 1789

## **Inhalt:**

### Einleitung

#### 1.0 Methodik und Definitionen

##### 1.1 Was ist ein Marktpreis?

1.1.2 Abgaben

1.1.3 Ausgaben

1.1.4 Abgaben in Ausgaben in Abgaben

#### 2.0 Netto-Allokations-Quoten – 6 Sachkonten des BIP

2.1 Die Netto-Steuer-Quote – der Staat

2.2 Das Netto-Sozial-Budget – die Sozialordnung

2.3 Die Netto-Lohnsumme -- Arbeitnehmer

2.4 Der Netto-Unternehmergewinn -- Arbeitgeber

2.5 Die Netto-Renditen -- Eigentümer

2.6 Subventionen – Arbeit ohne Gewinn

#### 3.0 Die Staats-Quote – brutto/netto

#### 4.0 Das leistungslose Einkommen

4.1 Arbeit / Nicht-Arbeit

#### 5.0 Zusammenfassung

5.1 Sozialkassen in Deutschland

#### 6.0 zum Schluss: über Geld

### Quellenangabe

Summen und Salden 1960 bis 2008 als Anhang

# Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur

## - ein soziökonomisches Tabellarium -

Unter den unzähligen Übeln, welche den Zerfall ganzer Staaten herbeiführen, sind wohl vier als die vornehmlichsten anzusehen: innere Zwietracht, große Sterblichkeit, Unfruchtbarkeit des Bodens und die Verschlechterung der Münze. Die ersten drei liegen so klar zutage, dass sie schwerlich irgendjemand in Abrede stellen wird. Das vierte Übel jedoch, welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheimfallen.

Nikolaus Kopernikus, Memorandum über das Geld.

### Einleitung

Lieber Leser, liebe Leserin! Irgendwann - ich kann das Datum nicht mehr genau benennen - war ich Politik-Talkshows und Politiker-Meinungen überdrüssig. Sie stimmten mit unserer Realität nicht überein. Am Morgen jeden Alltags gingen wir zur Arbeit, unsere Mitarbeiter waren auch da. Wir alle waren fleißig, wie viele unserer Mitmenschen. Ich aber stellte fest: Für unsere gemeinsame Arbeit bekamen wir trotz „Wachstum“ weniger und weniger an Ertrag. Nach zwei Jahrzehnten mittlerweile erheblich weniger! Lag das an uns, oder an den Angestellten? Waren wir zu wenig geschäftstüchtige Freiberufler? Die Realität unserer Firma – einer Arztpraxis - waren niedrigere Löhne, sinkende Gewinne. Daneben gab und gibt es nach wie vor den gleichen Anspruch unserer Kunden (so heißen heute die Patienten) bedient zu werden. Bedarf war genug vorhanden, Angebot auch, also stimmte irgendetwas mit der Nachfrage nicht, mit dem Geld.

Ich wollte mir ein eigenes Bild machen mit Quellen, die mir direkt zur Verfügung standen. Dabei benutzte ich eine kaufmännische Betrachtungsweise, wie sie unserem Betrieb angemessen ist: Jahr um Jahr erstellen wir eine **Summen- und Saldenrechnung**, d.h. unser Steuerberater zählt die Differenz zwischen Einnahmen und geschäftlichen Ausgaben (!). Was danach übrig blieb, war der **Brutto-Gewinn der ganzen Praxis**, ich nenne ihn „Brutto-Praxis-Produkt“ (BPP). In betriebswirtschaftlicher Fachsprache heißt dieser Vorgang die Bildung eines **Saldo**, also der **Differenz von Soll und Haben**. So blieben Jahr für Jahr 100% BPP als Praxisgewinn für Unternehmer und Personal übrig.

Aus diesem BPP zahlte unser Lohnbüro Brutto-Gehälter, schließlich haben unsere Angestellten fleißig mitgearbeitet. Verblieb uns Ärzten der Brutto-Unternehmer-Gewinn als Ergänzung zu 100% BPP. Nicht alles Geld aus Brutto-Gewinn stand danach zum Einkaufen zur Verfügung. Steuern und Sozialabgaben wurden fällig. Wenn dies alles abgegeben (!) war, verblieb der verfügbare Rest für den „Gang zum Markt“. Dieser Rest wird fälschlicherweise als „Netto“-Lohn bzw. -Gewinn bezeichnet. Übersehen wurde, dass auf dem Markt weitere Abgaben fällig sind, nämlich

Verbrauchs-Steuern an den Staat und Renditen an die Eigentümer unseres Gemeinwesens. Erst nach Abzug dieser beiden „indirekten“ Abgaben (!) über den sog. Marktpreis wissen wir heute um den Gegenwert unserer Arbeit in Geld. Netto ist Brutto abzüglich aller (!) Abgabe-Arten, das sind direkte Überweisungen an Staat und Sozialkasse und indirekte Zahlungen an Staat und Kapital in den Preisen des Alltags.

Was für unser Team gilt, trifft hierzulande für ca. **40 Millionen** arbeitende Mitmenschen zu, eingeteilt in Arbeitnehmer, obwohl sie ja eigentlich ihre Arbeit geben, und solche, die Arbeit organisieren, also auch arbeiten, genannt Arbeitgeber. Viele „Arbeitgeber“ sind heute juristische Personen, sie arbeiten nicht mit, machen aber Gewinne für ihre Eigner. Zwar kenne ich nur meine eigenen betrieblichen Zahlen, die Ergebnisse meiner Millionen Nachbarn werden mir in Summen über Statistiken mitgeteilt. Es sind Beträge, die ich im Internet finden kann (siehe Quellenangaben). Mit den dort erhältlichen Daten habe ich versucht, sorgfältig wie ein ordentlicher Kaufmann eine **Abgabenordnung für Deutschland** von 1960 bis 2008 aufzustellen, dessen Ergebnis mich abgrundtief erschrecken ließ. Wieder und wieder habe ich nachgerechnet, doch das Ergebnis blieb stets ähnlich. Ich suchte mir Hilfe, erntete dabei oft mildes Lächeln: Etliche Mitmenschen wussten längst Bescheid, andere waren diesbezüglich komplett ahnungslos. Professionelle Hilfe hat schließlich frühere Darstellungen optimiert.

Die folgende Zusammenfassung soll Politiker-Argumente durchleuchten und gleichzeitig darstellen, dass es diese Berufsgruppe ausgesprochen schwer hat, unseren Staat anders zu führen als bisher getan. Unser Geldsystem war nie Gegenstand politisch-demokratischer Entscheidungen. Es ist in Deutschland auch nicht Gegenstand von Allgemeinbildung. Unsere gegenwärtige Geld- und Rechtsordnung widerspricht fundamentalen Prinzipien unseres Grundgesetzes, insbesondere dem Freiheitsrecht, dem Gleichheitsgrundsatz, dem Eigentumsrecht, der Sozialstaatlichkeit und dem Ziel gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Der Grundgesetzgeber hat das Geldsystem vorgefunden und nie problematisiert, und so befindet sich die wirtschaftliche Realität von 80 Millionen Deutschen **außerhalb der vom Grundgesetz der BRD als „Verfassung“ vorgegebenen Grundrechte**.

Meine Arbeit will ich jedem vorlegen, der sie lesen möchte. Weitergabe ist erwünscht. Jeder Bürger sollte diese Zusammenhänge kennen lernen. Deshalb habe ich beschlossen, erneut meinen überarbeiteten Rechenweg aufzuschreiben.

**Langenhagen, im Juni 2011**

**Dieter Petschow**

## **1.0 Methodik und Definitionen:**

Nach dem Modell einer **Summen- und Salden-Rechnung** wird das Brutto-Inland-Produkt (BIP) Deutschlands aufgeteilt in Erträge 1. des Staates, 2. des Sozialbudgets, 3. der Arbeitnehmer (Lohnsumme), 4. der selbstständig Beschäftigten (Unternehmerlohn), 5. der Eigentümer (Rendite) und 6. der Subventionen (Tab. 1-7). **Unter dem Strich, also „per Saldo“**, errechnen sich Anteile, die als Netto-Allokation die Aufteilung des realen Wirtschafts-Produkts anzeigen. Jeder Mitmensch, egal, ob arbeitend oder nicht, hat Abgaben aus Brutto-Einnahmen vor Erhalt seines Netto-Einkommens. So kommt es zur **Kaufkraft als Gegenwert für geleistete Arbeit**. Diese persönliche und auch volkswirtschaftliche Größe ist nicht vergleichbar mit den offiziellen Netto-Summen zu Marktpreisen, beinhalten diese doch alle Abgaben. Die am Markt teilnehmenden Menschen zahlen Endverbraucherpreise. Nach Abzug der Abgaben zeigt sich das **„effektive Einkommen“** aus Arbeit bzw. Nicht-Arbeit, für alle zusammen ein „Kuchen“ von 100%: das BIP.

Um in dem o. g. Modell „Doppelbuchungen“ zu vermeiden, müssen die in den Wirtschaftsstatistiken angegebenen Brutto-Quoten der Steuer, der Sozialabgaben, der Arbeitnehmer-Löhne, der Unternehmer-Gewinne, der Renditen und Subventionen gegeneinander saldiert werden, denn diese Brutto-Quoten haben untereinander Zahlungsverpflichtungen als Abgaben. So errechnen sich **Netto-Quoten**. Diese stellen die Kaufkraft der Segmente Staat, Soziales, unternehmerische und selbständige Arbeit sowie Geld-Kapital dar. Diese Segmente des BIP werden Netto-Allokations-Quoten genannt.

Schon das Bundes-Finanz-Ministerium hat 2003 darauf hingewiesen, dass allein Quoten die Vergleiche von Entwicklungen ermöglichen, wobei sie nur dann gültig sind, wenn eine gleich bleibende 100%-Basis - hier das BIP - gewährleistet bleibt.

Die Aufgabe des Geldwesens eines Staates ist die Verteilung von Arbeit und Ware auf einem freien Markt, geregelt durch die Rechtsordnung für den Erhalt von Geld bei geleisteter Arbeit – oder ohne (!) Arbeit als **Recht auf eine Abgabe**. Aus jeder Betriebsbuchführung mit ihrem einfachen System weiß man, dass Geld nie verschwindet, sondern: Wenn ich Geld ab/ausgebe, nimmt es ein anderer Mensch ein. In der Buchhaltung heißt dies für Aus- wie für Abgaben schlicht: Konto versus Gegenkonto. Die Summe aller **Abgaben** ist die Summe aller leistungslosen Einnahmen. Die Summe aller **Ausgaben** findet sich als Ertrag der Leistenden wieder. Geld ist nie weg, sondern immer nur woanders, es saldiert sich stets zu Null. Wer Zinsen zahlt, hat einen Gläubiger. Wer Mieten zahlt, hat einen Vermieter. Wer Steuern zahlt, gibt Geld an Menschen, denen der Staat abgibt oder die für ihn arbeiten. Wer Sozialabgaben zahlt, hat Berechtigte und Bedürftige als sein Gegenüber. So bilden alle Zahlungen irgendwo bei andern Menschen Einnahmen,

und zwar nur bei lebenden Menschen, niemals bei juristischen Personen – diese sind nur Verteiler! Allein mit Netto-Einnahmen können wir einkaufen gehen, Abgaben jeder Art werden Brutto-Einnahmen auf einem anderen Konto, in diesem **Abgabenmodell** für Deutschland bei jeweils anderen Brutto-Quoten (siehe Tab. 1 – 7).

Staatlichen Kassen kennen keine Unterscheidung zwischen Ertrag mindernder **Abgabe** und Bestand erhaltender **Ausgabe**. Ohne diese Differenzierung ist makroökonomische Diagnostik zur Allokation unseres Gemeinwesens mit Hilfe von Geld und Recht nicht möglich. Die bloße Addition von Marktpreisen als Gewinn aus Arbeit und Vermögen verschleiert diesen Sachverhalt. Wirtschafts- und Sozialpolitik werden undurchsichtig. Absicht?

### **1.1 Was ist ein Marktpreis?**

Jener Betrag, den der Kunde für eine Ware oder Dienstleistung bezahlt. Dieser Gegen-Wert steht auf jeder Rechnung. Bis zur Bezahlung bleibt die gelieferte Ware Eigentum des Lieferanten – so jedenfalls will es die Rechtsordnung. Diese Geldmenge im Kleinen wie im Großen setzt sich zusammen aus Abgaben und Ausgaben. Alle Gewinne „zu Marktpreisen“ sind in der Summe 100% BIP, aus ihnen werden im Wirtschafts-Kreislauf erneut Ausgaben und Abgaben. In jedem Euro sind enthalten: Arbeitnehmer-Löhne, Unternehmer-Gewinne, Steuern, Sozialabgaben und Renditen – auch Subventionen. Zu welchem Anteil?

#### **1.1.1 Abgaben:**

Jeder Geldbetrag, der ohne Gegenleistung gezahlt oder einbehalten wird, ist eine Abgabe. Abgaben mindern den Ertrag des Leistenden zugunsten des Empfängers. Diebstahl ist ein Extrem, Geschenke sind es auch. Dazwischen kennen wir Sozialzahlungen (Rente, Krankenkasse, Arbeitslosengeld, Pflegeversicherung), vermeintlich auch Steuern. Renditen sind ebenfalls Abgaben. Wie Verbrauchs-Steuern sind sie im Marktpreis enthalten, werden vom Kunden bezahlt und ermöglichen arbeitsfreien Reichtum. Es gilt per Saldo: Brutto-Gewinn minus Abgaben gleich Netto-Ertrag.

#### **1.1.2 Ausgaben:**

Waren und Dienstleistungen sind Gegenwert von Zahlungen. Im Unterschied zur Abgabe erhält der Zahlende eine Gegenleistung. In der Betriebs-Buchführung (Bilanz) oder im privaten Haushalt erhöht sich um diesen Geldbetrag der realwirtschaftliche Bestand. Durch Tausch Geld gegen Ware allein entsteht kein Ertragsverlust. Netto-Löhne z. B. sind Ausgaben, die Zahlenden erhalten dafür die Arbeitsleistung der Lohnempfänger.

### **1.1.3 Abgaben in Ausgaben, Ausgaben in Abgaben:**

Jeder Marktpreis als Ausgabe für eine Gegenleistung enthält aber Abgaben. Wir bekommen weniger Real-Ertrag, als in Geld getauscht wird. Eine Tankstelle z. B. ist eher Außenstelle des Finanzamtes denn Ort des Einkaufs von Benzin. Der Benzinpreis enthält 62% Mineralöl-Steuer und anteilig Renditen der Öl-Konzerne. Unternehmen schütten Renditen aus, die vorher über den Preis eingenommen wurden, sie sind für deren Kasse ein „Durchlaufposten“. Alle Renditen werden von allen Kunden bezahlt. Durch sie verteuert sich der Kauf ohne Gegenleistung des Empfängers. Aus Brutto-Löhnen sind Sozialzahlungen fällig, diese mindern den Ertrag der Lohnempfänger. Verbrauchssteuer sowie Rendite im Preis mindern den Ertrag aller Marktteilnehmer, es handelt sich oft um eine Abgabe in einer Abgabe in einer Abgabe. Man kann den Euro viel Male abgeben, aber nur einmal für Leistung oder Ware ausgeben, und zwar dann, wenn man ihn netto ausgeben darf.

Alle Steuern z. B. teilen sich auf in Ausgaben für einen öffentlichen Raum und Abgaben in Form von Sozial-Zuschüssen, Subventionen und Zinszahlungen des Staates. Kurz:

<b>Im Marktpreis kumuliert aller Ertrag. Für wen, regelt die Allokationsfunktion des Geldsystems.</b>
---

## 2.0 Netto-Allokations-Quoten:

Taler, Taler, du musst wandern, von der einen Hand zur andern ...  
Heute hier, morgen da, schließlich in Amerika.

(Lied meiner Kindertage)

Wirtschaften ohne Geld ist mühsam und wird ein bestimmtes Niveau der Naturalversorgung kaum überschreiten. Hochdifferenzierte Arbeitsteilung setzt ein funktionierendes Geldsystem voraus. Heutzutage ist Geld reines Recht, völlig entmaterialisiert als Buchungspaar Soll/Haben. Dem Staat werden keine „Anspann-Dienste“ mehr geleistet. Altenteiler, Kranke und Behinderte werden nicht mehr mit Naturalien versorgt. Man „verdingt“ sich auch nicht mehr zur Arbeit, um Teile der Ernte zu erhalten. Zu Vorleistungen für größere Projekte (Unternehmungen) werden keine Arbeitsfähigen zusammen gerufen. Der Anteil für die „Herrschaft“ wird nicht als Realabgabe, z. B. als „Zehnter“ auf die Burg gefahren. Alle diese Verteilungen – die Wirtschaftswissenschaft spricht von Allokation – werden heute über ein scheinbar modernes Geldsystem geregelt. Der Staat bekommt Steuern, Berechtigten zahlt die Sozialkasse. Abhängig Arbeitende erwerben Lohn, Unternehmer erwirtschaften Gewinn. Geldgeber und Eigentümer erhalten Zins, Miete, Pacht oder Dividende. Manche nötige Arbeit ohne Gewinn wird subventioniert. Um einen Sachverhalt aber kommen alle Beteiligten der Realwirtschaft nicht herum: Jahr für Jahr, Ernte für Ernte, Saison für Saison lassen sich nur 100% aller Waren und Dienstleistungen verteilen. Was die einen bekommen, haben alle anderen nicht. Real-Allokation ist stets netto!!

Stellt sich die Frage, wie diese Netto-Verteilung mit Hilfe unseres Geldsystems aussieht. Die Abgabenordnung unseres Gemeinwesens ist undurchsichtig. Das Anrecht auf den Erhalt eines Anteils des Wirtschaftsproduktes (100%) zeigt sich nicht im Brutto-Ertrag (Lohn, Rente, Gewinn), sondern allein im Netto-Einkommen. Nur mit Netto-Einnahmen können wir einkaufen. Diese Binsenweisheit gilt für jeden Einzelnen, aber auch für jedes beliebige Teilkollektiv der Bevölkerung.

Brutto-Gewinn unseres Gemeinwesens wird zu 100% erarbeitet allein von Menschen. Er teilt sich auf in Brutto-Lohn (E16) der abhängig Beschäftigten und Brutto-Gewinn (E21) der Unternehmer. Staat (E6), subventionierte Arbeit (EO), sozial Berechtigte (E11) und Kapitaleigner (E25) erhalten Abgaben (siehe angehängtes Tabellarium).

Mit dem Ziel, die Geldströme zu erfassen und die Netto-Allokation des BIP darzustellen, wurden sechs Sachkonten erstellt (Tab.1–7), um zu errechnen, wer wie viel einnimmt, wer abgibt und was netto (!) verbleibt. So errechnen sich Netto-Allokations-Quoten zur Finanzierung staatlicher Arbeit, für soziale Berechtigung, als Anteil für Lohn-Empfänger und Unternehmer. Aus Eigentum in Fremdnutzung (Besitz) kommen Anteile, auch sind Subventionen zu berücksichtigen, um stets bei 100% Allokation zu bleiben.

## Hier die Abgabenordnung der Bundesrepublik Deutschland 2008:

2008	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2.491 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
0	<b>Subventionen</b>		<b>3,0</b>	<b>3,0</b>
1	Arbeit	3,0	7,5	
2	Sozial	11,7		
3	Unternehmer		2,2	
4	Renditen	3,3	3,7	(5,8)
5	Verbr.-Steuer	0,4	10,4	
6	Rendite im Preis	1,3		
7	<b>Steuern</b>	<b>19,7</b>	<b>23,8</b>	<b>4,1</b>
8	Arbeit		16,2	
9	Staat		11,7	(27,9)
10	Verbr.-Steuern	2,1		
11	Rendite im Preis	6,0		
12	<b>Sozialbudget</b>	<b>8,1</b>	<b>27,9</b>	<b>19,8</b>
13	Sozial	16,2		
14	Staat (Lohnsteuer)	7,5		(22,5)
15	Verbr.-Steuer	1,7		
16	Rendite im Preis	4,9		
17	<b>Arbeitslohn</b>	<b>30,3</b>	<b>46,2</b>	<b>15,9</b>
18	Staat (Einkommenssteuer)	2,2		(51,6)
19	Verbr.-Steuer	4,0		
20	Rendite im Preis	11,2		
21	<b>Unternehmer-Lohn</b>	<b>17,4</b>	<b>53,8</b>	<b>36,4</b>
22	Staat (Kapital-Ertrags-Steuer)	3,7		(29,3)
23	Verbr.-Steuer	2,2		
24	Rendite im Preis	6,3	33,0	
25	<b>Renditen</b>	<b>12,2</b>	<b>33,0</b>	<b>20,8</b>
				(137,1)
26	<b>Gewinn</b>	<b>87,7</b>	<b>187,7</b>	<b>100,0</b>

Tabelle 7 zeigt am Beispiel des Jahres 2008 die Netto-Verteilung des realen Wirtschaftsproduktes – gemessen als BIP - auf Subventionen, Staat, Sozialbudget, abhängige und selbstständige Arbeit sowie Kapitalrendite. Brutto-Einnahmen aller Kassen sind 187,7 %BIP. Erst die Zuordnung der Abgaben (Zahlungen ohne Gegenleistung) in Höhe von 87,7 %BIP, also von 2.200 Mrd. € lässt die Verteilung des Sozialproduktes abschätzen.

Das ganze BIP wird von den Arbeitenden erwirtschaftet, also sind E17 und E21 zusammen stets 100 %BIP. Von hier aus wird direkt abgegeben, von Konto zu Gegenkonto.

Die Brutto-Rendite (E25) wird direkt vom Staat (A4) als Zinszahlung und über die Marktpreise (A6, A11, A16, A20, A24) eingenommen, insgesamt 820 Mrd. €.

Ebenfalls in den Marktpreisen enthalten ist die Verbrauchssteuer (E5), eingenommen als A5, A10, A15, A19 und A23, insgesamt 260 Mrd. €.

Brutto-Quoten abzüglich direkter Abgaben ergeben das sog. „Marktpreis-Netto“, mit dem die Bezieher einkaufen gehen (S4, S9, S14, S18 und S22 – zusammen 137,1 %BIP). Erst der Saldo nach Abzug der indirekten Abgaben addiert sich zur Summe 100% BIP und zeigt die Netto-Verteilung des BIP.

Um das reale Wirtschaftsprodukt für 2008 zu verteilen, nehmen wir brutto 187,7% BIP ein, geben ca. 2.200 Mrd. € (87,7 %BIP) von Quote zu Quote ab für 100% BIP wirtschaftlichen Gewinn in Geld.

## 2.1 Die Netto-Steuer-Quote (Tab. 1-7, S7) :

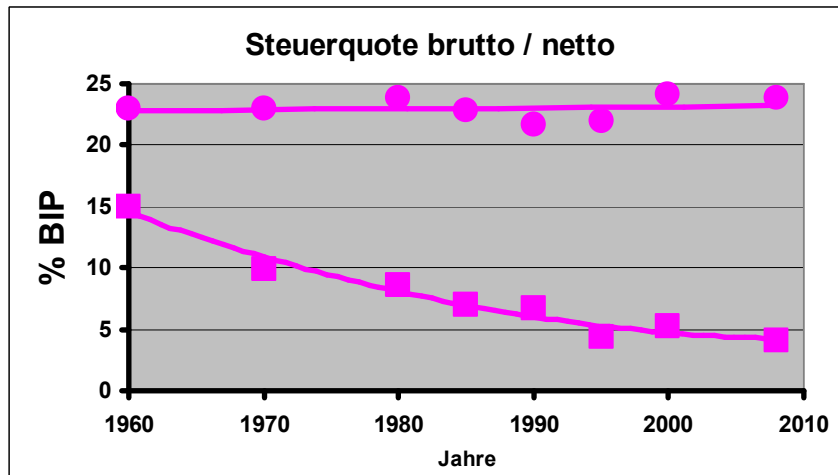


Abb. 1 zeigt den Verlauf der Brutto-Steuerquote (E7) im Vergleich zur Netto-Steuerquote (S7) über 5 Jahrzehnte. Der staatliche Anteil am Sozialprodukt liegt mittlerweile unter 5% - alle anderen Steuereinnahmen sind Abgaben, somit Durchlaufposten in staatlichen Kassen, für die es keine Gegenleistung gibt.

Die Statistiken weisen eine jährliche **Steuerquote** (E7) aus. Sie besagt, wie viel Geld eines jeden Jahrganges der Bund, die Länder und die Gemeinden an Steuern einnehmen, direkt als Lohn-, Einkommens- und Kapitalertrags-Steuer oder indirekt über Verbrauchssteuern in den Preisen, jeweils im Verhältnis zum BIP. Die Summe ist die Brutto-Einnahme staatlicher Stellen. Tab. 1-7 (E1-7) zeigen in % BIP die Einnahme-Arten, daneben die Abgaben (A1-7) des Staates direkt als Subventionen, Sozialabgaben, Kapitaldienst und Sozialpflicht, indirekt als Verbrauchssteuer- und Rendite-Anteil in den vom Staat getätigten Aus(!)gaben zu Marktpreisen. Es bleibt die **Netto-Steuer-Quote** (S7) als Anteil des Wirtschafts-Produktes, den wir alle dem Staat zur Verfügung stellen. Im Jahre 1960 gab Deutschland 14,9% BIP Kaufkraft für den Staat, 2008 sind es nur noch 4,1% BIP.

**Die BRD gibt z. Zt. ca. 4-5% BIP Steuern für staatliche Infrastruktur.**

Alle anderen Gelder, die vom Finanzamt erhoben werden, sind Abgaben an nichtstaatliche Kassen (A1-A7). Die Brutto-Steuer-Quote (E7) bleibt zwar bei 23% BIP über ein halbes Jahrhundert konstant, aber auch „Vater Staat“ kann nur mit Netto-Einnahmen „einkaufen gehen“. Nach Abzug seiner Abgaben als „Durchlaufposten“ – mit ihnen gehen andere einkaufen – verbleibt ein stetig sinkender Netto-Anteil mit z. Zt. unter 5% BIP (S7). Alle Einnahmen des Staates werden von uns Bürgern als Abgaben empfunden. Für die Netto-Steuer-Quote - eine Ausgabe ! - erhalten wir die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Ohne Netto-Steuer-Quote keine Gegenleistung! Der Staat braucht wie die Löhne wieder mehr Netto vom Brutto, um seinen gesamtgesellschaftlichen Pflichten nachkommen zu können. Schulen, Krankenhäuser, Polizeireviere, Kindergärten, Straßen und Schienen, Rathäuser werden trotz vermeintlich hoher Steuereinnahmen immer weniger bezahlbar. Öffentlicher Raum verarmt. Es entsteht der Eindruck, staatliche Stellen könnten bei hohen Einnahmen nicht mit Geld umgehen.

## 2.2 Das Netto-Sozialbudget (Tab. 1 – 7, S12):

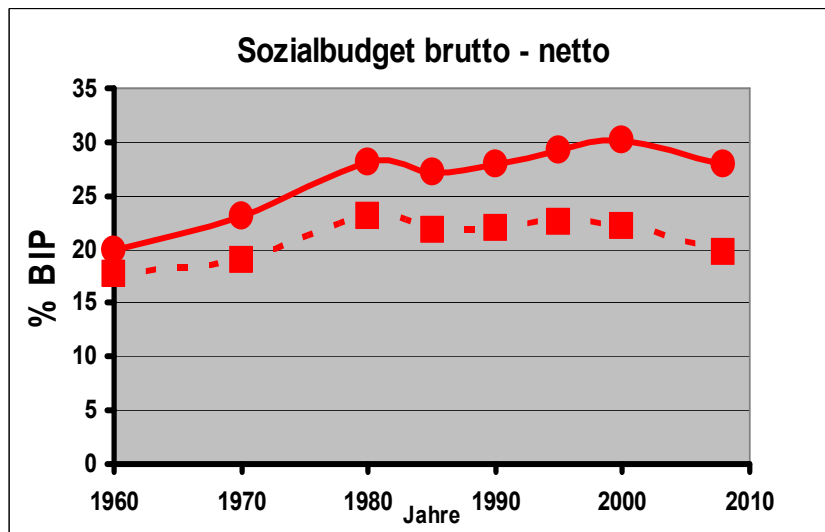


Abb. 2 zeigt den Verlauf der Sozial-Quote über 5 Jahrzehnte. Der Abstand von Brutto zu Netto wird immer größer. Über Sozialzahlungen werden Abgaben am Markt fällig, die den Berechtigten nicht nützen. Verbrauchssteuern und Renditen sind Abgaben des Sozialbudgets. Damit werden weder Unternehmer noch Lohnempfänger bezahlt. Sie aber versorgen die Berechtigten

Die Sozialquote zeigt, wie viele Geld im Verhältnis zum gesamten Arbeitsertrages BIP herangezogen wird zur Finanzierung unseres Sozialstaates. Die **Brutto-Sozialquote** wird eingenommen allein aus Gewinnanteilen der Arbeitnehmer sowie aus Abgaben des Staates über Steuermittel (E8 und E9). Dafür bekommen die Bezieher (Rentner, Pensionäre, Kranke, Alte, Arbeitslose, Kinder, Pflegebedürftige etc) ihren **Lebensunterhalt** – sie ersetzen ihnen **Marktpreise**. Diese beinhalten Abgaben an Staat (Verbrauchssteuern – A10) und Kapital (Rendite – A11), die über die Wertschöpfungsketten in den Endverbraucher-Preisen kumulieren. Nach Abzug dieser beiden indirekten Abgabearten verbleibt als Kaufkraft das

**Netto-Sozialbudget: 1960 18%, 1980 23%, 2000 22%, 2008 19% BIP**

für all jene, die sozial bedürftig und/oder berechtigt sind. Alle darüber hinausgehenden Summen sind **Abgaben** des Sozialbudgets, in 2008 6,0% BIP = 150 Mrd. € an Kapitaleigner (A11) und 2,1% BIP = 50 Mrd. € als Verbrauchssteuer an den Staat (A10). Der scheinbare Anstieg des Sozialbudgets „zu Marktpreisen“ geht allein zu Lasten der Rendite.

Das Netto-Sozialbudget blieb seit 1980 anteilig konstant und fiel nach der Jahrtausendwende (Agenda 2010) auf unter 20% BIP ab. Es handelt sich um einen volkswirtschaftlichen Gesamt-Anteil, den sich realwirtschaftlich die wachsende Zahl der Bedürftigen und Berechtigten teilen müssen. Unser Geld-System wie auch die alleinige Betrachtung von Brutto-Quoten zu Marktpreisen verschleiern diese Minder-Allokation.

Tab. 1 – 7 zeigen, dass allein abhängig Beschäftigte alle Soziallasten tragen. Das (Geld)Kapital generiert dagegen über soziale Bedürftigkeit aus Marktpreisen steigende Gewinne – ein Kurzschluss, der für 2008 eine Lohnminderung von 150 Mrd. € bedeutet. Rendite aus sozialer Not anderer, im Grundgesetz sind solche Geld-Effekte nicht vorgesehen.

### 2.3 Die Netto-Lohnsumme (Tab. 1 – 7, S17):

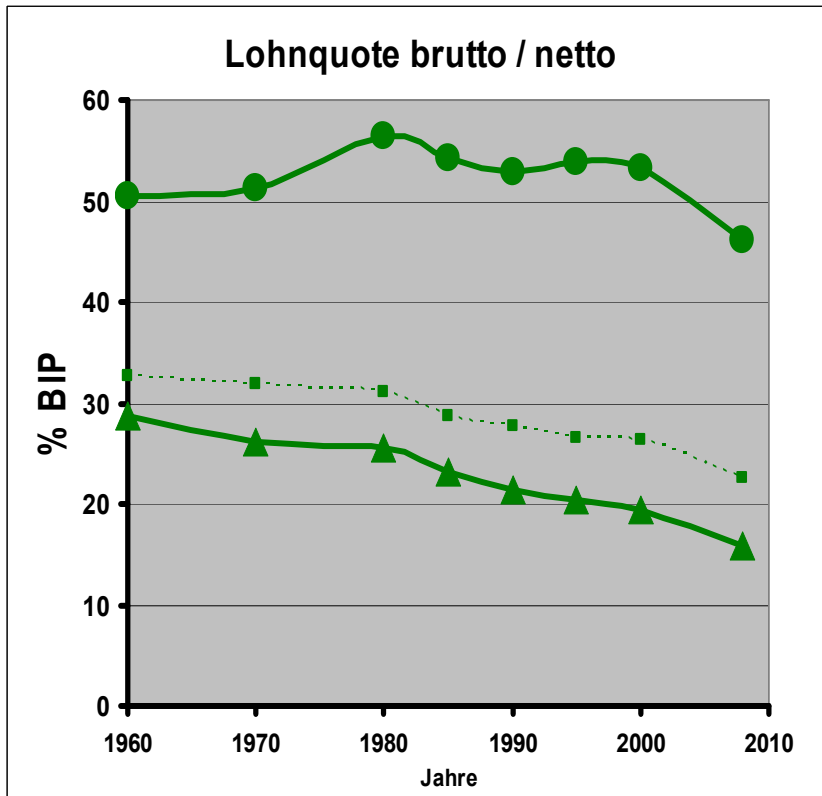


Abb 3 zeigt die Brutto-Lohnquote über 50 Jahre BRD als Anteil des BIP. Sie fällt seit 1980 kontinuierlich von 56% BIP auf 46% BIP.

Die gestrichelte Linie ist die sog. Netto-Lohnquote „zu Marktpreisen“, von ihr sind Renditen sowie Verbrauchssteuern abzuziehen. Bleibt per Saldo eine kontinuierlich sinkende reale Netto-Lohnquote von 29 % BIP auf 16% BIP.

Die Abgabenlast der Brutto-Lohn-Quote liegt in 2008 bei 66 %!

**Brutto-Arbeitslohn** ist ca. hälftiger Anteil am BIP (E17) und ergänzt sich zu 100% BIP mit dem Brutto-Unternehmer-Gewinn (E21). Die Brutto-Lohnquote fiel in den letzten 30 Jahren um 10% BIP. Direkt gezahlte Sozialabgaben (A13) und Lohnsteuern (A14) über die Lohnbüros der Arbeitgeber mindern den Netto-Ertrag. Per Saldo bleibt die offiziell ausgewiesene sog. Netto-Lohnquote (gestrichelte Linie) zu „Marktpreisen“, die aber um den indirekten Abgaben-Anteil der Verbrauchssteuern (A15) und Renditen (A16) zu verringern ist. So errechnet sich der tatsächliche Netto-Anteil der Arbeitnehmer am Wirtschaftsprodukt, er beträgt als

**Netto-Arbeits-Lohn 1960 28,8%, 1980 25,6% und 2008 15,9 % BIP**

und hat sich in den letzten 5 Jahrzehnten anteilig um 13% BIP fast halbiert. Für 2008 sind 13% BIP ca. 325 Mrd. €. Je fleißiger die abhängig Beschäftigten waren, desto weniger bekamen sie anteilig vom real wachsenden Wirtschaftsprodukt ab. Die Wirtschaftswissenschaft nennt diesen Effekt „Steigerung der Produktivität“. Abhängig Beschäftigte haben heute zwischen Brutto-Gewinn-Anteil und Netto-Lohn-Quote eine Abgaben-Last von 66% (A16 in % von E16), wovon 5% BIP (A16 - 2008) = 125 Mrd. € allein Renditeanteile in ihren zu zahlenden Marktpreisen sind.

## 2.4 Der Netto-Unternehmer-Gewinn (Tab. 1 – 7, S21):

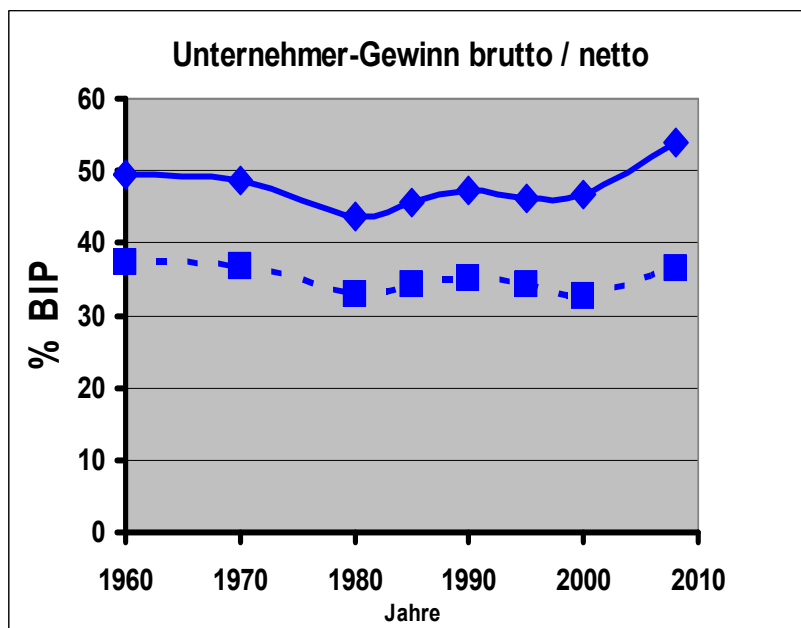


Abb 4 zeigt den Unternehmer-Gewinn als Anteil des BIP nach Abzug der Brutto-Lohn-Quote.

Einkommenssteuer direkt, Verbrauchssteuer und Renditen indirekt über die Marktpreise mindern den Ertrag.

Der Netto-Unternehmer-Gewinn ist makroökonomisch bei ca. 35% BIP anteilig geblieben.

Nach Abzug der Brutto-Lohnquote (E17) vom BIP verbleibt der Brutto-Unternehmer-Gewinn (E21) als Ertrags-Summe aller selbständig arbeitenden Menschen in Deutschland. Sozialabgaben werden daraus (fast) nicht fällig, lediglich Einkommenssteuern (A18) als direkte Zahlung an das Finanzamt. Indirekt über Marktpreise werden Verbrauchs-Steuern (A19) und Renditen (A20) gezahlt.

Der Netto-Unternehmer-Gewinn bleibt anteilig über ein halbes Jahrhundert konstant bei ca. 35% BIP, wenn auch die Zahl der Selbständigen als natürliche Personen in Deutschland massiv abgenommen hat. (Dieser Konzentrationsprozess mit Wechsel der Kleinunternehmer in abhängige Beschäftigung kann dem Zahlenwerk nicht entnommen werden.)

<b>Unternehmergewinn netto 1960 37,2%, 1980 32,8%, 2008 36,4 % BIP</b>
--

## 2.5 Die Netto-Renditen (Tab. 1 – 7, S25):

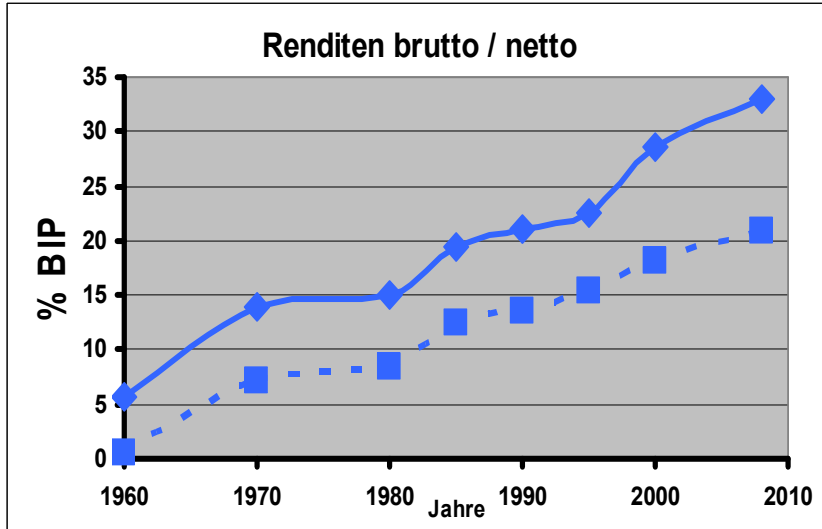


Abb. 5 zeigt die anteilig wachsenden Renditen als Ertragsanteil aus dem BIP. Sie werden über Marktpreise kassiert und sind für Unternehmer „Durchlaufposten“.

Netto-Renditen entsprechen heute in der Summe dem gesamten Sozialbudget

(siehe 2.2).

Rendite ist Geld für Überlassung von Geld (Zins, Dividende) oder Real-Eigentum (Miete, Pacht). Geld arbeitet nicht, Eigentum auch nicht. Sein Ertrag kommt aus einem juristisch zwischen-menschlichen Verhältnis: der eine braucht etwas, was er nicht hat, der andere hat etwas, was er nicht braucht. Es entsteht ein privates Schuldverhältnis per Vertrag.

Geld ist (Schuld)Recht, immateriell und heutzutage als „Fiat-Money“ in beliebiger Höhe über Kredite auf Giro-Konten zu schöpfen. Die Buchung um +/-Null als Ausgang jeder Bilanzerweiterung lässt die Herausgabe von Giralgeld über die Bank ohne deren eigene Mühe, auch ohne Kundeneinlagen. Zinsen für keine reale Gegenleistung haben immer einen Zinssatz von unendlich. Das Nichts, die Null steht im Nenner der Berechnung! Fiat-Money in Privat-Schöpfung ist stets Wucher und betreibt die automatische Überschuldung von Staat und Wirtschaft. Jeder Taschenrechner bestätigt diesen Sachverhalt.

Das Wirtschaftsprodukt ist immer Ergebnis menschlicher Arbeit und wird Jahr für Jahr gemessen mit Geld zu 100% BIP. Es wird allein erstellt von Arbeitnehmern und Unternehmern. Beide stehen jeden Morgen auf und – arbeiten. Eigentum ist eine Rechtsform. Recht kann nicht arbeiten, aber Forderungen begründen. Die so geleisteten Zahlungen sind Anspruch an das Wirtschafts-Produkt und damit für den Empfänger leistungsloses Einkommen. Auch aus analogen Verträgen zur Fremdnutzung von Real-Kapital entsteht Rendite. Der wirtschaftspolitische und rechtliche Unterschied zwischen Eigentum und Besitz ist Wenigen bekannt.

Es wurde versucht, die **Zinsquote**, also den Renditeanteil am BIP zu ermitteln. Es sind darin aufsummiert jener Anteil des Arbeitsertrages, den wir für Verschuldung als Zinsanteile in Miete, Pacht, Dividende und Zins über Endverbraucherpreise abzugeben haben an **Eigentümer von realem Besitz oder Geldvermögen**. 1960 lagen die Bankzinserträge

bei 4 % BIP, stiegen dann überproportional zum BIP bis zum Jahre 2008 auf 22,0 % BIP (!) an (Deutsche Bundesbank, Zeitreihen, Helmut Creutz Abb. 142c). Neben diesen Erträgen aus Geldgeschäften gibt es noch Fremdnutzungs-Verträge mit Schuldschein-Charakter, die ebenfalls **Kapitalertrag ohne Arbeit** generieren. Mieten, Pacht, Dividenden aus schuldenfreiem Realkapital sind solche Erträge, sie werden vorsichtig als noch einmal so hoch geschätzt, da eine Kapitalverwertung gerade aus Realbesitz deutlich höher liegt. Das Brutto-Anlage-Vermögen in Deutschland ist mehr als doppelt so hoch wie die Geldguthaben/-schulden. Die Wirtschafts-Statistiken basieren wechselnd auf BIP oder Volkseinkommen. Dieser Sachverhalt wurde hier berücksichtigt. Aus den unterschiedlichen Angaben habe ich in Annäherung an die tatsächlichen Geldströme für die untersuchten Jahrgänge eine Brutto-Gesamt-Rendite von **anfänglich 5,7 % (1960) bis heute 33 % (2008) BIP** ermittelt. Die Brutto-Kapital-Erträge lagen in dieser Größenordnung, die Schätzung ist vorsichtig und sicher nicht zu hoch gegriffen. Genaue Angaben über Reichtum in Deutschland und dessen Erträge daraus gibt es nicht. Zur Darstellung der Problematik und ihrer sozialen Wirkung reichen diese Mittelwerte aus.

Den Brutto-Renditen (E25) wurde als direkte Abgabe die Kapital-Ertrags-Steuer (A22) zugeordnet. Indirekt über Marktpreise werden Verbrauchs-Steuern (A23) an den Staat sowie Renditen (A24) an Mit-Kapitaleigner gezahlt. Per Saldo ergibt sich ein

<b>Netto-Kapitalertrag 1960 0,5%, 1980 8,4%, 2008 20,8% vom BIP.</b>
--

Neben dem Netto-Sozialbudget (2008) von 490 Mrd. € ergeben sich leistungslose Einkünfte aus fremd genutztem Eigentum von 520 Mrd. €, damit übersteigt die Rendite in der Netto-Allokation das Sozialbudget der BRD oder liegt zumindest gleich auf.

(siehe unten: leistungsloses Einkommen).

## **2.6 Subventionen (Tab. 1 – 7):**

Arbeit muss getan werden, manchmal auch dann, wenn sie keinen Gewinn bringt. Nach Kassenstand ist dies Arbeit, die mit dem Geld-Ertrag anderer Arbeit bezahlt wird. Sie mindert das BIP nicht, führt aber zu Geldverteilungs-Effekten, die bei einer 100%-igen Summen- und Salden-Rechnung berücksichtigt werden müssen. Subventionen fördern politisch gewollte Arbeit ohne Gewinn. Realwirtschaftlich erhöhen diese Zuwendungen den Arbeitsertrag, per Saldo wird aber nicht mehr Gewinn zu verzeichnen sein. In der hier vorgelegten Berechnung ergänzen Subventionen die Netto-Quoten zu 100%. Die Subventions-Summen sind Mittelwerte von Schätzungen und beinhalten nur direkte Zahlungen, Steuererleichterungen sind darin nicht enthalten.

### 3.0 Die Staats-Quote – brutto/netto (Tab. 8 – 14, S27):

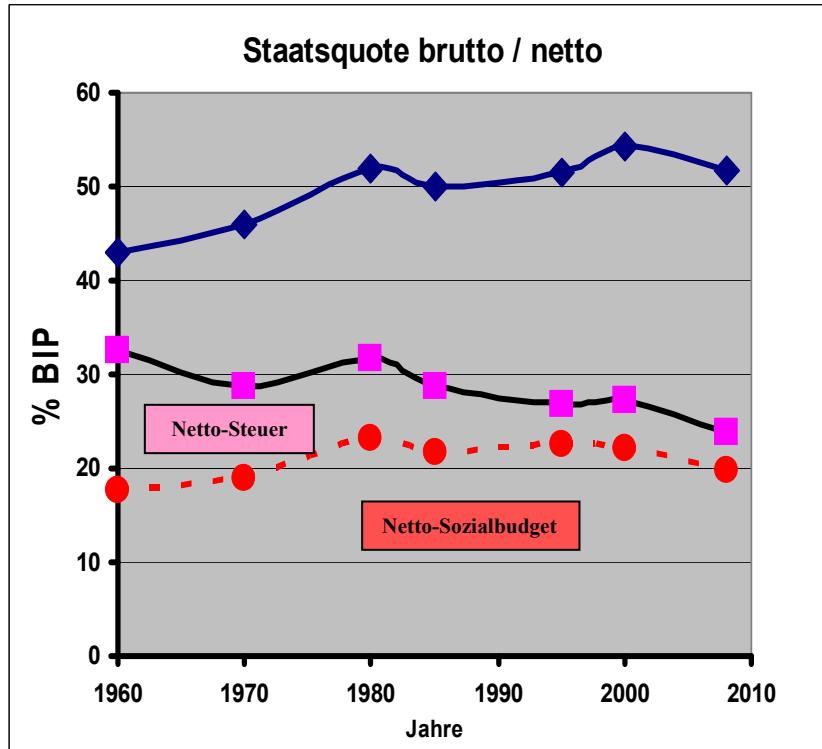


Abb. 6 zeigt den Unterschied zwischen der (Brutto)-Staatsquote von über 50% BIP und der anteilig verfügbaren Nettoquote zur Organisation von Staat und Sozialordnung (Netto-Staatsquote).

Während Brutto steigt, fällt Netto stetig ab.

Die Differenz liegt heute bei 28 %BIP oder 700 Mrd. €. - ein Geldbetrag, der zwar durch Kassen strömt, aber ohne Kaufkraft für den Staat und die Sozialordnung bleibt.

Im Allgemeinen wird unter der „Staatsquote“ jene Geldmenge verstanden, die zu Marktpreisen addiert durch staatliche oder soziale Kassen fließt. Dabei werden gern Steuerquote und Sozialbudget brutto addiert und als Quotient von über 50% BIP dargestellt. Diese öffentliche Äußerung suggeriert, der Staat und seine Sozialordnung verbräuche mehr als die Hälfte des Sozialproduktes. („Ab 50% Staatsquote beginnt der Sozialismus.“ – Helmut Kohl). Diese Darstellung ist nicht haltbar.

2008	% BIP	A	E	S
100% BIP = 2.491 Mrd. €		Soll	Haben	Saldo
1	Arbeit	3,0	7,5	
2	Sozial	11,7		
3	Unternehmer		2,2	
4	Renditen	3,3	3,7	
5	Verbr.-Steuer	0,4	10,4	
6	Rendite im Preis	1,3		
7	<b>Steuern</b>	<b>19,7</b>	<b>23,8</b>	<b>4,1</b>
8	Arbeit		16,2	
9	Staat		11,7	
10	Verbr.-Steuern	2,1		
11	Rendite im Preis	6,0		
12	<b>Sozialbudget</b>	<b>8,1</b>	<b>27,9</b>	<b>19,8</b>
1+8	Arbeit	3,0	23,7	20,7
2+9	Sozial + Staat	11,7	11,7	0,0
3+4	Kapital (EKu.KE-Steuer)		5,9	5,9
5+10	Verbr.-Steuer	2,5	10,4	7,9
6+11	Rendite	10,6		-10,6
27	<b>Staatsquote</b>	<b>27,8</b>	<b>51,7</b>	<b>23,9</b>

Tabelle 14 zeigt die Summen und Salden der Staatsquote im Jahr 2008. Interne Zahlungen der Steuer an das Sozialbudget saldieren sich zu Null. Rendite in den Preisen sowie Zahlungen wegen Staatsschulden sind Ab(!)gaben der Staatsquote an Kapitaleigner. Staat und Sozialordnung bekommen heute weniger als ein Viertel des realen Wirtschaftsproduktes.

(Näheres siehe Text).

Tab. 8-14 addieren die Summen und Salden für Steuerquote und Sozialbudget. Seit 1960 ist die Brutto-Staatsquote (E27) von 42,9% auf 54,3% (2000) und 51,7% BIP (2008) angestiegen. Dieser Brutto-Betrag wird vermindert 1. durch interne Zahlungen zwischen Staat und Sozialkassen (Zeile 2+9), die sich für die Staatsquote stets zu null saldieren – in 2008 11,7% BIP oder 290 Mrd. € - und 2. durch Rendite in Marktpreisen als Abgabe des Staates und der Sozialordnung an Kapitaleigner (A6+11), in 2008 10,6% BIP oder 265 Mrd. €. Letztlich addieren sich allein Netto-Steuer-Quote (S7) und Netto-Sozialbudget (S12) zu einem anteilig kontinuierlich fallenden Wert der Netto-Staatsquote (S27) von 32,5% auf 23,9% BIP. Nur Netto-Quoten dürfen addiert werden und sind gleichzeitig der Anteil am tatsächlichen Wirtschafts-Produkt.

Die wachsende Not von Staat und Sozialordnung zeigt sich in der fallenden Netto-Staatsquote, 2008 nur noch 23,9% BIP (S27). Staat und Sozialordnung werden nicht immer teurer, sondern deren realer Anteil am wachsenden Wirtschaftsprodukt wird immer kleiner. Zwischen Brutto- und Netto-Staatsquote klafft ein Geld-Betrag von 27,8 % BIP (2008 A27) oder 690 Mrd. € pro Jahr! Hier wird z. T. doppelt addiert (E7 plus E9) bzw. die Rendite in den Marktpreisen übersehen (A6+11). Ein Betrag von einem Viertel BIP wird über Finanzministerien, Kammereien, Renten- und Krankenkassen, das Sozialamt und über Wohngeld sowie die Bundesanstalt für Arbeit von Konto zu Gegenkonto „zu Marktpreisen“ gebucht, ohne dass diese Beträge allokativ relevant wären. Mit der staatlichen Unterstützung des Sozialbudgets aus Steuern kann nicht der Staat, dafür aber das Sozialbudget einkaufen. Mit der Rendite im „Marktpreis“ und über direkte Zinszahlungen bekommt Eigentum eine Abgabe aus Staat und Sozialordnung, heute bei ca. 265 Mrd. € (2008).

% BIP	Abgabe		Einnahme				Saldo
	Markt	Politik	Lohn-Arbeit		Kapital	Markt	
	Rendite	Subvention	Lohnsteuer	Sozial-Beiträge	EK + KE Steuer	Verbr-Steuer	Staatsquote netto
1960	3,1	1,0	2,7	15,2	12,2	5,5	32,5
1970	4,7	1,0	5,5	13,9	9,3	5,6	28,6
1980	6,0	1,5	7,5	17,9	8,8	5,0	31,7
1985	7,9	1,7	7,8	17,7	7,7	5,2	28,8
1995	9,5	3,0	8,4	19,0	3,8	7,1	26,8
2000	10,2	2,5	8,5	18,5	6,2	6,8	27,3
2008	10,6	3,0	7,5	16,2	5,9	7,9	23,9

Tabelle 22 zeigt die Einnahmen der Staatsquote, also alle Steuerarten mit dem Saldo der Verbrauchs-Steuer zuzüglich der Zahlung an das Sozialbudget aus der Brutto-Lohn-Quote. Subventionen und Renditen sind Abgaben aus Steuer- und Sozialkassen. Per saldo resultiert eine fallende Netto-Staatsquote.

Interessant erscheint auch der Aspekt, wer denn nun die staatliche und soziale Ordnung erarbeitet. Die Lohnsteuer (A13) wurde in 5 Jahrzehnten anteilig verdreifacht von 2,7 auf 7,5% BIP. Sozialbeiträge (A12) werden von der Brutto-Lohn-Quote allein gezahlt (A12). Damit ist die Netto-Staatsquote bereits finanziert – allein von der abhängigen Arbeit. In gleicher Zeit halbiert sich die Einkommens- und Kapitalertrags-Steuer, während die Renditen explodierten. Kapitaleigner und Unternehmer erhalten aus Staat- und Sozialordnung mehr Rendite zurück, als sie an direkten Steuern zahlen, in 2008 liegt der Saldo zugunsten der Rendite bei ca. 5,1% BIP oder 150 Mrd. €. Seit 1985 zahlen Unternehmer und Kapitaleigner per saldo keine Abgaben zur Finanzierung der Staats- und Sozialordnung. Im Gegenteil! Sie erhalten Abgaben aus Staat, Sozialordnung und abhängiger Arbeitswelt (A15). Ein Sozialstaat wohnt zur Miete – mit Steigerungsklausel für die Eigentümer.

#### 4.0 Das leistungslose Einkommen (Tab. 15 – 21, S21):

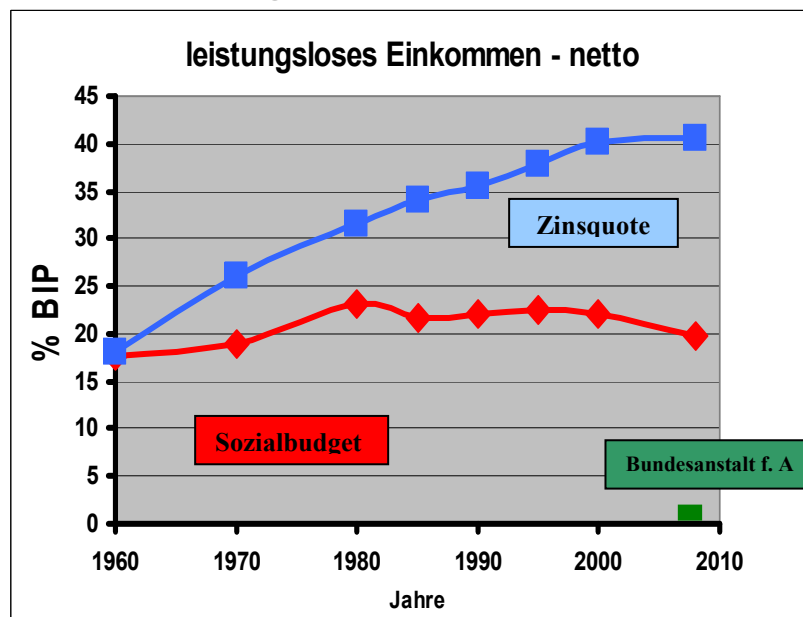


Abb. 7 zeigt die Addition des Netto-Sozialbudgets mit der Netto-Zinsquote über ein halbes Jahrhundert. (Beide Quoten sind frei von Schnittmengen!) 40% oder 1.000 Mrd. € netto werden in 2008 aus dem Wirtschaftsprodukt ohne Gegenleistung verteilt.

(Zum Vergleich der Größenordnung wurde der Gesamthaushalt der Bundesanstalt für Arbeit in % BIP des Jahres 2008 eingezeichnet.)

Ohne wirtschaftliche Gegenleistung erhalten Berechtigte Zahlungen aus dem Sozialbudget als Abgabe. Deren Netto-Anteil sinkt seit 30 Jahren und liegt z. Zt. unter 20% BIP. Ein demographischer Faktor bleibt innerhalb dieser Netto-Quote. „Wer arbeitet, hat keine Zeit Geld zu verdienen“ – so konnte man vor einiger Zeit bei der Postbank lesen. Kapital-Rendite ist eine Sonder-Form von „Sozial“abgabe, denn Reichtum ist genauso wie Armut ein soziales Phänomen und baut sich in beiden Fällen über anteilige Erträge aus dem realen Wirtschaftsprodukt auf. Geld allein schafft weder soziale Sicherheit noch Reichtum, das Geld ist lediglich rechtliches Medium. Netto-Quoten des Sozialbudgets und der Rendite können addiert werden – sie sind frei von Schnittmengen. Es gibt danach zwei Geldströme als Abgaben aus wirtschaftlichem Ertrag: das **Sozialbudget** und die **Zinsquote** – beide netto. Einsichtig wird Rendite als Sozialleistung dort, wo zur sozialen Sicherung ein Kapitalstock aufgebaut wird, wie z. B. bei der Ärzte-Versorgung, der Pfarrer-Unterstützungs-Kasse und den vielen Lebensversicherungen und Pensions-Fonds, deren Ertrag als Rente ausgezahlt wird. Diese Versorgungswerke sind aber nur ein kleiner Teil der Kapitalerträge. Gab es 1960 20% BIP „umsonst“, sind es 2000 schon 40% BIP – netto! (S28). Die Abgabenquote hat sich zugunsten der Rendite verschoben. Z. Zt. wächst Rendite zu Lasten der Netto-Sozial-Quote, offiziell dargestellt als Zunahme sozialer Lasten. Menschen, die das Wirtschaftsprodukt erarbeiten (Arbeitnehmer und Unternehmer), müssen heutzutage anteilig doppelt soviel abgeben als zum Beginn unseres Wirtschafts-Wunders, während Staat und Sozialordnung verarmen. Ein Feudalsystem beginnt seine Extreme zu entwickeln. Politisch werden Empfänger aus dem Sozialbudget als Belastung hingestellt, teilweise sogar diffamiert, wohingegen der Kapitalertrag ohne eigene Leistung als Gewinn gilt.

## 4.1 Einkommen für Arbeit vs. Nicht-Arbeit:

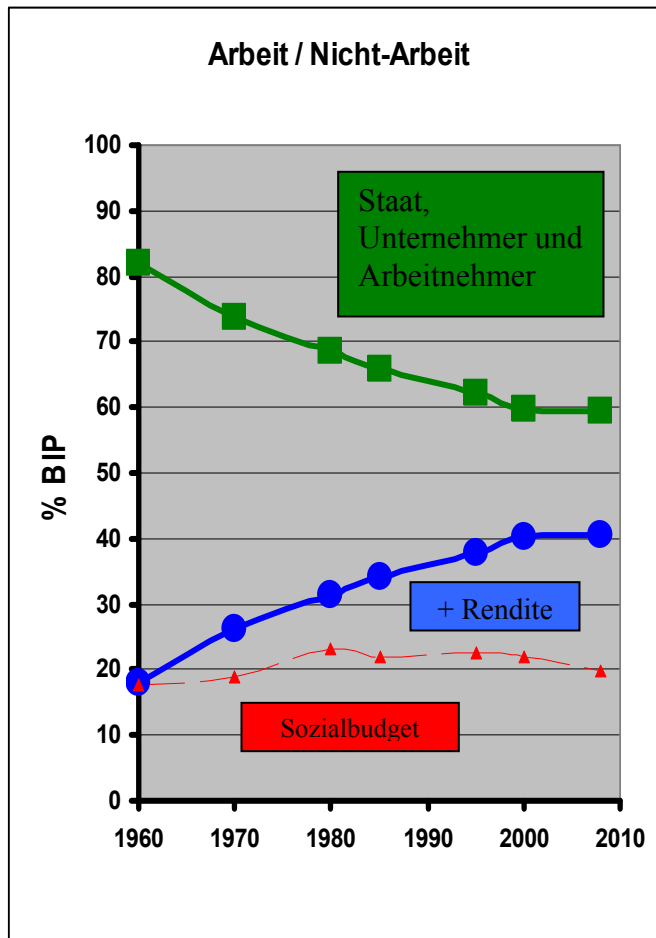


Abb. 8 zeigt das Sozialbudget plus Rendite – jeweils netto – als Einkommen ohne Gegenleistung, spiegelbildlich dazu die Ertragsminderung der Arbeitswelt – hier allerdings allein zu Lasten von Staat und Arbeitnehmern (siehe 2.1 und 2.3). Was die einen umsonst bekommen, müssen die anderen mit erarbeiten, zusammen 100 %BIP.

Volkswirtschaftlich geht der Anstieg der „Sozial-Lasten“ voll à Konto Rendite, der Anteil des Sozialbudgets ist sogar in drei Jahrzehnten leicht gesunken. Ein demographischer Faktor im Sozialbudget ist unerheblich, dagegen verbirgt der Marktpreis ein rendito-graphisches Problem.

Wenn immer größere Anteile des Wirtschaftsproduktes ohne Mitarbeit verteilt werden, bleibt für Unternehmer und deren Arbeitnehmer immer weniger. Die Unternehmen wälzen diese Entwicklung auf die abhängig arbeitende bzw. sozial berechnete Bevölkerung ab, wobei die Bezieher von Sozial-Leistungen um so zahlreicher werden, je geringer die Netto-Lohnquote ausfällt. Konkurrierende Arbeit teilt sich abnehmende Anteile des realen Ertrags (siehe 2.3) – Armut und Arbeitslosigkeit ist die Folge dieser Allokation. Letztlich zählt die Frage: Was kann ich mir mit meinem Geld kaufen? Dass über den „Marktpreis“ nicht nur direkte wie indirekte Steuern, nicht nur Sozialabgaben sowie Arbeits-Erträge, sondern auch Renditen „erwirtschaftet“ werden, ist den wenigsten beim täglichen Einkauf bewusst.

## 5.0 Zusammenfassung:

Marktpreise sind Brutto-Preise, sie enthalten Abgaben. Ihre Addition zum Errechnen des ganzen BIP ist zulässig, weil der Gesamt-Gewinn aus Arbeit und Vermögen alle sozialstaatlichen und kapitalistischen Abgabearten enthält. Es ist die Summe aller Erträge in Geld für alle Menschen eines Gemeinwesens. Während die sozialen und staatlichen Abgaben inkl. Steuern präzise ausgewiesen sind, verbirgt der Marktpreis den Rendite-Anteil, der von allen Konsumenten als Abgabe zu zahlen ist. Bis auf fehlende Zahlen zu Kapitaldiensten sind die übrigen Abgaben im Statistischen Taschenbuch des BMfAS zu finden und der 100%-Basis des jeweiligen BIP zuzuordnen. Die Sichtweise, Kapitaldienst sei „Sozial-Abgabe“, ist nach offizieller Lesart nicht üblich, da Firmen ihren Brutto-Gewinn „zu Marktpreisen“ vor Steuer und Zins ausweisen (Ebit = **E**arning **b**efore **i**nterest and **t**ax). Andererseits zählt der Gewinn-Anteil der Arbeitnehmer betriebswirtschaftlich zu den Firmen-„Un“kosten, deren Anteil minimiert werden müsse. Zins, Pacht und Dividende mindern den Ertrag, gelten bei der Einnahme aber als Gewinn und sind Ziel wirtschaftlichen Handelns. Ihre Zahlung von jedermann über den Marktpreis als soziale Abgabe an das Eigentum ist im öffentlichen Raum allgemein nicht bewusst – schlicht „un“denkbar – ein Tabu.

Die Darstellung des Brutto- wie Netto-Kapitaldienstes in konkreten Summen ist auch dann zulässig, wenn Schätzwerte und Betrachtungen nur ungefähre Beträge ermöglichen. Nur so lässt sich in einer Summen- und Saldenrechnung zeigen, dass sich Kapitaldienst wie „Mehltau“ über alle Marktpreise legt und letztlich die Marktwirtschaft zerstört. Es sind nicht die marktwirtschaftlichen Erfordernisse, sondern der Anspruch des Reichtums an das Sozialprodukt, der dem Gemeinwesen schadet.

Auch wird bei der vorliegenden Abgaben-Bilanz unterstellt, dass Rendite-Anteile in Export-Preisen etwa gleich groß sind wie bei Import-Preisen. Vermutet wird, dass Rendite im Import-Preis höher liegt als beim Export, ist sie doch gerade durch Geld-Geschäfte über Niedrig-Lohn-Ländern ausgeprägt. Geld-Kapital und sein Ertrag kennt keine National-Staats-Grenzen, das BIP und die regionale Abgabenordnung dagegen schon. Abgaben an globalisierte Eigentümer über „Marktpreise“ unterliegen keiner regionalen Gesetzgebung, sind deshalb auch nicht so einfach nationalstaatlich zählbar.

## **5.1 Sozialkassen in Deutschland:**

Mit der Addition von Marktpreisen werden immer Abgaben-Anteile mitgezählt, so dass bei volkswirtschaftlich relevanten Kollektiven stets die Betrachtung mitlaufen sollte, wem bei Ersatz von Endverbraucher-Preisen Netto-Anteile zukommen. Die hier vorgelegte Darstellung ermöglicht für einzelne Sozialkassen zu unterscheiden zwischen Ausgabe für Arbeit (Arbeitnehmer und Unternehmer) und Abgabe an Staat und Kapital.

### **Gesetzliche Krankenkassen:**

Die GKV bekommt aus der Arbeitswelt seit 40 Jahren konstant ca. 6 %BIP als Abgabe, in 2008 ca. 150 Mrd. €. Hiervon entfallen als Weitergabe an Kapitaleigner 2008 ca. 2% BIP oder 50 Mrd. €, an den Staat als Verbrauchssteuer 0,6% BIP oder 15 Mrd. €. Da der Kapitalertrags-Anteil im Marktpreis stetig steigt, kommen die Netto-Löhne und -Gewinne von Beschäftigten und Unternehmern unter Druck. Sozialeinrichtungen werden nicht bezahlbar, ihre Betriebsbuchführung wird von einem unsichtbaren Strom aus durchgereichten Kapitalerträgen – kumulierend in den Preisen – in Richtung Insolvenz gedrückt. Entgelte für Krankenhaus-Personal wie auch Arzt-Honorare werden in der Addition von Preisen einfach als zu teuer erklärt. Nutznießer dieser Darstellung ist der Gewinn ohne Arbeit als größter Attraktor des Geld-Systems.

### **Rentenversicherungen:**

Analoges gilt für die Rentenversicherung. Sie wird allein von der Brutto-Lohn-Quote abgegeben und bekommt einen Steuerzuschuss. Brutto-Renten in Höhe von 10% BIP wurden 2008 ausgezahlt als Ersatz für Lebenshaltungs-Kosten. 3,3% BIP = 75 Mrd. € pro Jahr sind mittlerweile Kapitalertrags-Abgaben der Rentner (exponentiell steigend) zuzüglich 25 Mrd. Verbrauchssteuern an den Staat (anteilig fast gleich bleibend). Somit haben alle Rentner einen um 43% verringerten Versorgungs-Anteil am Wirtschaftsprodukt. Daher ist der Tauschwert der Renten „am Markt“ so gering geworden, obwohl die Marktpreis-Statistiken durch falsche Addition einen „demographischen Faktor“ ausweisen. Dieser ist auch nicht völlig falsch, die Bevölkerung bekommt immer mehr Rentner. Nur begnügen sich diese Berechtigten mit einem gleich bleibenden Netto-Anteil des Wirtschafts-Produktes. Pro Person resultieren niedrigere Zuwendungen.

## Wohngeld

60 – 70% aller Mieten sind Zinsen, daher sind Immobilien als Investment so beliebt. Kostet der Bau einer Wohnung 150.000 Euro, so werden diese mit 4% verzinst (6.000 € / Jahr). Eine 2%-ige Wertminderung wird dazu addiert (3.000 € / Jahr). 9.000 € für 12 Monate macht monatlich 750 € Kaltmiete, wovon 500 € = 66% Zinsanteil sind. Jeder Mieter unterschreibt einen gut verzinslichen Schuldvertrag. Kann er diese Schulden mangels Einkommen nicht tragen, bekommt er Wohngeld – Steuermittel zur Subventionierung privaten Einkommens ohne Arbeit. Auf diesem Wege alimentiert der Staat Kapitalerträge. Der Mietspiegel gilt auch für zinslastfreie Immobilien. Der Zinsanteil gewerblicher Mieten ist entsprechend und kumuliert im Endverbraucherpreis.

## Arbeitslosen-Geld:

Bezieher von Lohnersatz-Leistungen der BA zahlen nicht nur anteilig in die Sozialkassen ein (Renten- und Krankenkasse), sondern haben in ihren Preisen Rendite-Anteile. Das ALG II reicht deshalb nicht zum Leben, weil es mit einem statistischen Anteil jene reich macht, die für dieses Geld nicht (mit)arbeiten. Die sinkende Netto-Lohn-Quote bedingt Arbeitslosigkeit, das Unterhaltsgeld enthält leistungslose Einkünfte. Ein solcher Geld-Kreislauf läuft schließlich in den sozialen Unfrieden.

## **6.0 zum Schluss – über Geld:**

Marktwirtschaft wird überhaupt erst mit Geld zum Erfolgsmodell, da ferne Tauschpartner ihre Bedürfnisse befriedigt bekommen, ohne sich begegnen zu müssen. Geld ist eine der (a)sozialsten Erfindungen der Menschheit. Heute sind die bereitgestellten Zahlungsmittel völlig entmaterialisiert, sie laufen als Bits und Bytes von Konto zu Konto. Geld ist reines (Un)Recht, reine Relation, aber nicht in die demokratische Rechtsordnung integriert. Das gesetzliche Zahlungsmittel des Staates wird von Privatpersonen „geschöpft“. Durch Bilanzenerweiterung von Geschäftsbanken um +/-Null mit Hinterlegung eines Schuldscheins bei akzeptierter Bonität werden Kreditvolumina beliebiger Höhe generiert und an Staat und Wirtschaft gegen Zins verliehen. Die emittierte Geldmenge ist stets zu klein für Tilgung plus Zins, was weitere Geldschöpfung gegen Schuld verlangt. Eine Spirale, deren exponentielle Unendlichkeit schließlich zum Zusammenbruch führen muss, wegen übergroßer Schuld, es sei denn ...

Geld gehört in die Hand einer Monetative, einer dem Gemeinwohl verpflichteten demokratischen Institution. Geldverleih durch Vorfinanzierungs-Kredite führte dann zu staatlichen Einnahmen. Wer Kreditgeld „schöpft“, ist Souverän. Geld heute ist Schuld von Menschen beim privaten Nachbarn, den Eigentümern der Geschäftsbanken oder deren Einlegern. Geld ist immer Schuld, ist immer Kredit, bis heute leider ein Herrschaftsmittel von Eigentümern über Besitzlose. Das lässt sich ändern. Neben dem dringenden Anliegen

*„Adveniat regnum tuum“ -*

**„Deine Herrschaft komme“** (entgegen der Herrschaft des Kapitals) und

*„panem nostrum cotidianum da nobis hodie“,*

**„unser tägliches Brot gib uns heute“**, folgen zusammengefasst im größten Gebet der Christenheit, dem „Vater Unser“ die zwei Zeilen, deren soziökonomischer Tiefgang längst kulturell tabuisiert wurde:

*„et dimitte nobis debita nostra,  
sicut et nos dimittimus debitoribus nostris“*

– zu deutsch: **„und erlasse uns unsere Schulden,  
wie auch wir sie erlassen unseren Schuldnern.“**

Erst dann herrscht (ökonomischer) Frieden und jeder bekommt soviel auf dem Markt, wie er für die Gemeinschaft eingebracht hat, mit einem Geldsystem, das dient und nicht herrscht. Möglich ist das, wir müssen es nur wollen! Die Zeit ist reif.

(Dr. Dieter Petschow)

## Quellen:

Statistisches Taschenbuch des BMfAS

[http://www.bmas.de/portal/38586/statistisches\\_taschenbuch\\_2009.html](http://www.bmas.de/portal/38586/statistisches_taschenbuch_2009.html)

Deutsche Bundesbank - Zeitreihen

[http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?open=zinsen](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?open=zinsen)

Wirtschafts-Studium

[http://www.wiwi-](http://www.wiwi-treff.de/home/index.php?mainkatid=1&ukatid=1&sid=9&artikelid=1590&pagenr=1)

[treff.de/home/index.php?mainkatid=1&ukatid=1&sid=9&artikelid=1590&pagenr=1](http://www.wiwi-treff.de/home/index.php?mainkatid=1&ukatid=1&sid=9&artikelid=1590&pagenr=1)

Statistisches Bundesamt

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/SharedContent/Oeffentlich/B3/Publikation/Jahrbuch/VGR,property=file.pdf>

Materialien zur Geld-, Zins- und Schuldenproblematik

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/>

Helmut Creutz, Arbeitskosten, Nettolöhne und Bankzinserträge

[http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/142c\\_creutz.pdf](http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/142c_creutz.pdf)

Helmut Creutz, Geldvermögen und Schulden in Deutschland

[http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/034-043b\\_creutz.pdf](http://www.helmut-creutz.de/pdf/grafiken/034-043b_creutz.pdf)

Was ist ein BIP?

[http://www.mxks.de/files/ag/2.9\\_BIP.ppt](http://www.mxks.de/files/ag/2.9_BIP.ppt)

Vater unser auf Latein

[http://www.amen-online.de/gebete/vaterunser/#pater\\_noster](http://www.amen-online.de/gebete/vaterunser/#pater_noster)

## Tabellarium: